

A n t w o r t

der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniel Schöffner, Heijo Höfer, Jörg Denninghoff und Astrid Schmitt (SPD)

– Drucksache 17/6306 –

Aktueller Stand der Gespräche der MPK zur Mobilfunkversorgung

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/6306 – vom 24. Mai 2018 hat folgenden Wortlaut:

In der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und auch kürzlich erst am 17. Mai 2018 wieder in der Konferenz der Chefin und Chefs der Staats- und Senatskanzleien sowie im Beirat der Bundesnetzagentur wurde bereits mehrfach die unzureichende und nicht flächendeckende Mobilfunkversorgung in Deutschland sowie der 5G-Ausbau zum Thema gemacht. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Hat die Bundesregierung oder die Bundesnetzagentur ein Konzept beziehungsweise ein Maßnahmenpaket vorgelegt, wie „weiße Flecken“ im Mobilfunkbereich in Deutschland und in Rheinland-Pfalz geschlossen werden können?
2. Wurde im Beirat der Bundesnetzagentur der Beschluss zur Mobilfunkversorgung der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom 18. bis 20. Oktober 2017 behandelt?
3. Wie soll die Ausbauverpflichtung in Rheinland-Pfalz bis Ende 2019 erfüllt werden?
4. Wie und wann wird die Bundesnetzagentur die nächste Frequenzversteigerung in die Wege leiten?

Die Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. Juni 2018 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Landesregierung sind weder ein Konzept noch ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung oder der Bundesnetzagentur bekannt, das aufzeigt, wie im Mobilfunkbereich in Deutschland und in Rheinland-Pfalz die „weißen Flecken“ geschlossen werden können. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat in der Presse angekündigt, einen Mobilfunkgipfel durchführen zu wollen. Dieser soll dem Vernehmen nach am 12. Juli 2018 stattfinden.

Zu Frage 2:

Der Beschluss der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 18. bis 20. Oktober 2017 wurde im Beirat der Bundesnetzagentur nicht förmlich behandelt, jedoch von Staatssekretärin Heike Raab mündlich vorgetragen. Der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz greift die Diskussion und Beschlussfassung der Wirtschaftsministerkonferenz auf.

Zu Frage 3:

Zu dieser Frage hat der Beirat der Bundesnetzagentur einen entsprechenden Beschluss gefasst. Er hat Eingang in die Präsidentenkammerentscheidung zur Durchführung des Frequenzvergabeverfahrens im Jahr 2015 gefunden. Danach ist die Ausbauverpflichtung der Mobilfunkunternehmen bis 31. Dezember 2019 umzusetzen. Das vereinbarte Datum berücksichtigte, dass in einigen Regionen Deutschlands die Frequenzen, die jetzt noch für digitales terrestrisches Fernsehen (DVBT) genutzt werden, noch nicht frei sind.

Es wurde kein Monitoring vereinbart, das die jeweils aktuelle Erfüllung der Ausbauverpflichtung in den Regionen Deutschlands dokumentiert. Die Bundesnetzagentur hat daher auf Drängen des Beirates eine Abfrage bei den Mobilfunkunternehmen über den aktuellen Stand des Ausbaus in die Wege geleitet. Die Landesregierung hat die Bundesnetzagentur um Auskunft über den Zwischenstand dieser Abfrage gebeten. Die Bundesnetzagentur hat Folgendes geantwortet:

„Die letzte Abfrage der Versorgung bei den Netzbetreibern ergab, dass mindestens ein Netzbetreiber bereits ca. 95 Prozent der Haushalte in Rheinland-Pfalz versorgt. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Meldungen der Netzbetreiber um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt. Die Angaben der Netzbetreiber wurden zudem noch nicht im Rahmen der Stichprobenmessungen durch den Prüf- und Messdienst der Bundesnetzagentur verifiziert.“

b. w.

Außerdem weist die Bundesnetzagentur darauf hin, dass eine Übersicht über die aktuelle Versorgungssituation der Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur unter www.breitbandatlas.de liefert.

Zu Frage 4:

Nach Kenntnis der Landesregierung soll die nächste Frequenzversteigerung durch die Bundesnetzagentur für die sogenannten 5G-Frequenzen voraussichtlich Ende des letzten Quartals 2018 oder im ersten Quartal 2019 beginnen.

Heike Raab
Staatssekretärin